

Dienstpostenbewertung 2.0

Destruktive Auswirkungen auf den Justizvollzug erkannt

Schwerin, 31. August 2021. Lange haben BSBD und Personalvertretungen darum gerungen, nun ist sie auf dem Weg.

Was im Februar 2018 die Bediensteten der Justizvollzugsanstalten mit der Einführung der Dienstpostenbewertung in eine tiefe Motivationskrise führte und für viel Unmut unter den Beschäftigten sorgte, wird nun durch die Abteilung 2 beim Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern unter Führung des seit 22. Oktober 2019 eingesetzten Abteilungsleiters (**Abt. Ltr. 2**) **Stephan Hagemann** geheilt.

Hatte noch sein Vorgänger, **Jörg Jesse**, besonders im mittleren Dienst die Hierarchien über Jahre hinweg demontiert und abgeflacht, indem er schrittweise die mit A9 bewerteten Spitzenämter aus der Org.JVA streichen ließ und diese Struktur letztendlich in der Dienstpostenbewertung zementierte, erkannte sein Nachfolger schnell die destruktiven Auswirkungen auf den Justizvollzug.

Perspektivlosigkeit im dienstlichen Vorankommen, Demotivation bis zur inneren Kündigung und dem Verlust der Attraktivität in der Nachwuchsgewinnung musste entgegengewirkt werden.

Bereits im April diesen Jahres kündigte darum der **Abt. Leiter 2** gegenüber der Hauptpersonalvertretung die Anpassung der Dienstpostenbewertung mit einer Aufwertung bestimmter Dienstposten und damit die Abkehr von einer „alles Einebenden“ flachen Hierarchie an.

So werden zukünftig, neben der Aufwertung des Aufgabenbereichs zentrale Dienstplanung, auch die Koordination der Bereiche Kammer, Küche, Werkbetriebe, Transportdienst, Stationsdienst und medizinischer Dienst mit dem Spitzenamt A9 bewertet.

Damit wird der Status Quo der vergangenen Jahrzehnte praktisch wieder hergestellt und dürfte vor allem für die jüngeren Kollegen interessante Perspektiven eröffnen.

Matthias Nicolai ■

Fragen zur Landtagswahl in M-V an die kandidierenden Parteien

Da wir von den Fraktionen und Landtagsabgeordneten der beiden Regierungsparteien wenig bis gar keine Unterstützung für den Justizvollzug erhalten haben, haben wir uns entschlossen, kurz vor der Wahl doch noch Prüfsteine an die für den Landtag kandidierenden Parteien zu senden.

Anmerken müssen wir als **BSBD M-V**, dass es eine gute Zusammenarbeit mit einer Landtagsfraktion gab und letztendlich auch eine sich immer über die Jahre besser gestaltende Gesprächsbasis mit **Justizministerin Frau Katy Hoffmeister (CDU)** gab/gibt.

Wir würden uns als **BSBD M-V** freuen, wenn diese Zusammenarbeit zukünftig mit Abgeordneten der dann eventuell neuen Regierungspartei(en) klar besser würde.



Foto: © sdecoret/stock.adobe.com

Wahlprüfsteine für den Wahltermin am 26. September 2021

Sehr geehrte Parteivorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern, sehr geehrte Damen und Herren, der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschland, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (BSBD Gewerkschaft Strafvollzug <http://www.bsbd-mv.de>), hat sich nun auch im Jahr 2021 wieder entschlossen, sogenannte „Wahlprüfsteine“ auch zu der Landtagswahl im September 2021 zu erstellen.

Diese Wahlprüfsteine werden von uns an im derzeitigen Landtag vertretene Parteien sowie an die Parteien **Bündnis 90/Die Grünen** und die **FDP** elektronisch versandt.

Wir bitten Sie, die darin aufgeworfenen Fragen zu beantworten und uns Ihre Antworten freundlicherweise bis

spätestens 21. September 2021 per E-Mail an bsbd.mv.hjp@t-online.de zukommen zu lassen. Ihre Antworten wollen wir dann für unsere Mitglieder und Interessierte als pdf-dateien auf unserer Internetseite veröffentlichen.

Vorbemerkungen:
Warum haben wir – der BSBD MV – diese Wahlprüfsteine erstellt?

Der **BSBD M-V** ist die stärkste (starke) Gewerkschaft im Justizvollzug Mecklenburg-Vorpommerns. Gleichzeitig ist der **BSBD** auch bei seiner Dachorganisation **dbb** stimmberechtigt vertreten.

Im **BSBD M-V** ist eine Vielzahl von Justizvollzugsbediensteten organisiert, überwiegend sind dies Kolleg:innen des Allgemeinen Vollzugsdienstes **AVD** (der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt). Im **BSBD** sind natürlich auch Kolleg:innen der Laufbahngruppen 2 organisiert.

Darüber hinaus vertritt der **BSBD** eine Vielzahl von Justizwachmeister:innen (die uniformierten Kolleg:innen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften – Laufbahngruppe 1, 1. EA), so wie auch einzelne weitere Justizbedienstete.

Die Justiz ist unser inhaltlicher/thematischer Schwerpunkt.

Im Vorfeld der kommenden Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern sind zahlreiche Mitarbeiter:innen des Justizvollzugs, aber auch deren Angehörige und Familienmitglieder, an uns herangetreten und haben den Wunsch geäußert, dass wir als Fachgewerkschaft die politisch Verantwortlichen aller Parteien befragen.

Für uns als **BSBD** ist das geringe Maß an öffentlichem sowie politischem Interesse am Justizvollzug/der Justiz (lässt man Richter:innen außen vor), dessen Bediensteten, Arbeits- und Rahmenbedingungen durch Dritte (Politiker:innen, Medien, ...) immer wieder überraschend. Aber es ist klar, dass viele politisch motivierte Entscheidungen (z. B. bei der Besoldung, Beihilfe, Arbeitszeit, Pensionsalter, Höhe der Pension) auch unmittelbare Auswirkungen auf das Umfeld der Mitarbeiter:innen im Justizvollzug haben – darüber hinaus auch in deren Freundeskreis ausstrahlen. Gerade auch die dramatischen politischen Umbrüche der Stimmungen auf Landes- sowie Bundesebene lassen viele Bedienstete in M-V aktuell daran zweifeln, ob sie von den aktuellen Regierungs-/Landtagsparteien in Mecklenburg-Vorpommern gerecht behandelt/ihre Interessen als Vollzugsbedienstete vertreten/überhaupt wahrgenommen werden.

Bitte berücksichtigen Sie dies auch bei der Beantwortung unserer Fragen.

Frage 1.

Wir – der BSBD M-V – sehen den Justizvollzug in Mecklenburg-Vorpommern als eine tragende Säule des „Systems der Inneren Sicherheit“. Wir sind – in unserem Erleben – für die Landesregierung jedoch eher der „Wurmfortsatz“!

Was wären z. B. die Ermittlungserfolge der Polizei wert, wenn nach erfolgter Festnahme und richterlichem Urteil zur Verbüßung einer Haftstrafe der Vollzug der Freiheitsstrafe nicht intensiv durch hochqualifiziertes Personal in den Justizvollzugsanstalten dazu genutzt werden würde, den gesetzlich vorgegebenen Zielen der Resozialisierung und Behandlung der Inhaftierten sowie deren wirksamen Sicherung nachzukom-

men. Deshalb ärgert es uns sehr, dass in Diskussionen in unserem Bundesland das Thema Sicherheit nur mit Blick auf die Polizei behandelt und damit offenkundig wird, dass Sicherheit zum Wahlkampfthema mutiert und nicht mehr zielorientiert betrachtet wird. Es gibt auch Beamte außerhalb der Lehrerschaft und der Polizei, müssen wir Ihnen daher zurufen/verdeutlichen!

Es ist das Ziel des Vollzuges, dass er mit der Entlassung des Inhaftierten der Polizei nicht den „nächsten Kunden“ erneut vorsetzt.

An diesem, sowie am Ziel der sicheren Unterbringung und somit des Schutzes der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten wollen unsere Kolleginnen und Kollegen auch erfolgreich weiterarbeiten, und Sie bitten, die für ihre schwierige Aufgabenerfüllung notwendigen Rahmenbedingungen (ausreichender Personalkörper, Motivation der Kolleginnen und Kollegen) zu schaffen bzw. zu erhalten. Der Justizvollzug ist eine mehrheitlich vom sogenannten „Mittleren Dienst“ geprägte Organisation und die teilweise in der öffentlichen Berichterstattung (hier werden wir durch gewerkschaftliche Arbeit und vorangegangene politische „Fehlentscheidungen“ wahrgenommen) genannten Zahlen zu Besoldung und anderen Gehaltsbestandteilen, rufen meist nur ungläubiges Kopfschütteln hervor. Die Bediensteten fühlen sich zunehmend von

der „Karriere in diesem Justizvollzug“ immer weniger Menschen liebäugeln wollen. Hier gilt es unseres Erachtens, die gesamten Strukturen im Justizvollzug, gerade auch im Bereich der personellen Ausstattung und der Besoldung, kritisch zu hinterfragen und innovative Wege zu gehen.

Schritte wurden durch die Landesregierung derzeit nur „im negativen Sinne“ in Angriff genommen. Aber es kann doch nicht sein, dass es im Vollzugsdienst zwei Klassen – die Guten = Polizei und die Stiefkinder = Justizvollzug – für Sie, die Politiker, gibt. Dem „Patienten Justizvollzug“ kann nur durch eine „kurzfristigen Eingriff“ – nachhaltig geholfen werden.

Welche Position vertritt hierzu Ihre Partei? Wird sie sich im Landtag für den Justizvollzug, sein Personal engagieren?

Frage 2.

Der BSBD M-V sieht die zunehmende Gewaltbereitschaft/Respektlosigkeit auf „der Straße“ gegenüber staatlichen „Organen“ /Repräsentant:innen des Rechtsstaats (Polizei, Ämter, Rettungskräfte) spiegelt sich naturgemäß auch im Alltag innerhalb unserer Justizvollzugsanstalten wider.

Unsere Beamt:innen werden durch Gerichte bei Beleidigungen und anderen Übergriffen weiterhin aus gewerk-



Die Vollzugsbediensteten – insbesondere die des AVD, sind jahrelang mit den straffällig gewordenen Menschen konfrontiert.

Symbolfoto:

© Sinuswelle/stock.adobe.com

der Politik nicht mehr verstanden und wahrgenommen. Eine Erscheinung, die sich auch in anderen Bereichen der Gesellschaft zunehmend zeigt und auch bei uns große Sorge auslöst. Gerade auch im Wettbewerb um qualifizierte Neueinstellungen – guten „Nachwuchs“ zeigt sich immer mehr, dass mit ei-

schafflicher Sicht eher schlecht/nicht adäquat geschützt – andere Bundesländer sorgen u. E. deutlich besser für ihr Vollzugspersonal!

Polizeivollzugsbedienstete ermitteln Straftäter, nehmen sie fest und führen sie schnellstmöglich den Justizvollzugsanstalten zu. **Die Vollzugsbedienstete**

ten – insbesondere die des AVD – sind dann jahrelang, manchmal lebenslang 24/7 mit den straffällig gewordenen Menschen (bspw. Gewaltstraf-täter, manipulative Betrüger:innen, Mörder:innen, Mißbraucher:innen ...) konfrontiert.

Die Bediensteten des Justizvoll-zuges arbeiten mit diesen im Sinne des Resozialisierungsauftrages.

Justizvollzug bedeutet gelebte multi-kulturelle Gesellschaft, also eine Vielfalt an ethnischen und religiösen Gruppie-rungen, die in einer Justizvollzugsan-stalt oft zu Spannungen und Konflikten führt. Gerade auch die Ergebnisse der enormen Herausforderungen durch Zuwanderungen stellen hier beständig neue Anforderungen an den Justizvoll-zug und die Mitarbeiter:innen, sich flexibel und spontan auf Neues einstellen zu müssen.

„Sehen Sie/Ihre Partei den Justiz-vollzug in M-V mit seinen Mitar-beiterinnen und Mitarbeitern als gleichberechtigten Teilbereich der „Inneren Sicherheit“ – denn so sehen sich die Bediensteten? Oder werden wir (hier: der ins-besondere der AVD) auch künftig durch Ihre Partei nicht so gesehen und weiterhin anders behandelt als der Polizeivollzugsdienst und Feuerwehrvollzugsdienst?“

Frage 3.

Justizwachtmeister: innen arbeiten an Gerichten und Staatsanwalt-schaften des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Die Justizwachtmeister:innen sind in der Laufbahngruppe 1, 1. Einstiegsamt eingruppiert, zum Teil auch nach TVL – beginnend mit A4 (!!!).

Trotz guter Vorbereitung wurde nur das Einstiegsamt A3 in der abgelaufenen Legislaturperiode abgeschafft, nicht wie von Verbänden und anderen avisiert auch das Amt A4.

Justizwachtmeister:innen haben alle vor ihrem Einstieg in diese Laufbahn einen Beruf erlernt.

Die Aufgaben der Justizwachtmeister:innen werden immer vielfältiger und sind mittlerweile auch sehr an-spruchsvoll: Das Spektrum reicht von Einlasskontrollen bei den Behörden, Verwaltungsaufgaben (im Zuge der elektronischen Akte – erhebliche Scan-Aufgaben) und vor allen Dingen die Ge-währleistung von Sicherheit und Ord-nung im Gericht.

Sie nehmen oft auch Vollzugs(dienst) aufgaben wahr.

Unser Anliegen an Sie: Die Kolleg:in-nen, also Justizwachtmeister:innen und der **BSBD** halten eine umfangreiche Ausbildung/die Novellierung der aktu-ellen Ausbildung – im Sinne einer Aus-bildung für den sogenannten „mittleren Dienst“ mit einer Ausbildungsdauer von mindestens 18 Monaten – für dringend angezeigt und erforderlich.

Die Laufbahn der Justizwachtmeister:innen sollte in der Folge in die Lauf-bahngruppe 1, 2. Einstiegsamt über-führt werden.

Bitte stellen Sie die Position ihrer Partei zu unserem Anliegen die Justizwachtmeister:innen betreffend dar!

Frage 4.

Schlechte berufliche Entwicklungsperspektiven im Justizvollzug und auch bei den Justizwachtmeister:innen nach der Dienstpostenbewertung durch die Firma PIW.

Für die durch das Justizministerium für erforderlich geachtete Dienstpostenbe-wertung wurde eine externe Firma be-auftragt.

Die Firma **PIW** hatte bis zu diesem Zeitpunkt keine Kenntnisse von der Arbeit in der Justiz und im Besonderen nicht von der im Justizvollzug.

Bei den Sitzungen wurde deutlich, dass die Protagonistinnen der Firma **PIW** auf der Grundlage von Vorurteilen arbeiteten.

Die Tätigkeiten über alle Laufbahn-gruppen wurden kleinteilig bewertet, ohne dass der Firma **PIW** bewusst ge-

worden wäre, dass die Beamt:innen den Bedürfnissen des täglichen Diens-tes entsprechend vielseitig verwendet werden und nicht nur ihr Leben lang auf einer Stelle sitzen.

Das hatte eine inakzeptable Bewer-tung der Tätigkeiten insbesondere bei den Kolleg:innen des **AVD** zur Folge.

Als weitere Konsequenz wurde deut-lich, dass das Endamt der Laufbahn-gruppe 1, 2.s Einstiegsamt nur auf einer herausgehobenen Stelle zu erreichen wäre.

Ähnlich gilt dies auch für die anderen Laufbahngruppen. (Wir sind natürlich gerne bereit, dies bei Nachfragen detail-liert zu erläutern.)

Sind Sie und Ihre Partei bereit, an der Überarbeitung der Dienst-postenbewertung mitzuwirken, diese Überarbeitung zu initiieren, wenn Sie für die Justiz zuständig wären?

Frage 5:

Sind Sie zukünftig an einem Dialog mit uns vom BSBD M-V interessiert?

Warum fragen wir sie hier? Der **BSBD** sucht seit vielen Jahren stets und stän-dig den Kontakt zu den Parteien, die im Landtag vertreten sind.

Seit vielen, vielen Jahren gibt es ei-nen konstanten Kontakt zu einer im Landtag vertretenden Partei.

Diese interessiert sich für die Arbeit im Strafvollzug, für die Bediensteten, für ihre Tätigkeiten und ihre Aufgaben. Aber auch wir erhalten hier umgekehrt Unterstützung und Anregungen.

In dieser einen Landtagsfraktion ist natürlich Wissen über den Strafvollzug vorhanden.

Alle Kontaktaufnahmen mit den an-deren Landtagsparteien haben sich als schwierig, wenn nicht sogar als unmög-lich erwiesen – zum Teil nur sehr punk-tuell.

Wir wollen es natürlich auch in der Zukunft versuchen, mit Ihnen den Politiker:innen im Land M-V Kontakt zu haben oder aufzubauen.

Hans-Jürgen Papenfuß



Gewerkschaft Strafvollzug



www.bsbd-mv.de

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Gemeinsam stark – für Deine Interessen

